

Den Ruf der Gemeinden erhört

Der Kanton sträubt sich nicht mehr gegen eine breite Diskussion über einen Ausgleich der Sozialkosten

Die Ausgaben für die soziale Sicherheit entwickeln sich in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Das Problem ist zwar erkannt, ein patentes Rezept dagegen existiert allerdings nicht.

STEFAN HOTZ

Den Letzten beißen die Hunde: Staatspolitisch betrachtet trifft die saloppe Redensart wohl nirgends besser zu als in der Sozialpolitik. Was der Bund und die Kantone in diversen Gebieten gesetzlich auch regeln: Unmittelbar zeigen sich die Auswirkungen vor allem in den Gemeinden. Dass sich soziale Probleme primär in den Grossstädten konzentrieren mit den entsprechenden Kostenfolgen, ist schon länger anerkannt. Unter anderem deshalb werden Zürich und Winterthur im innerkantonalen Zürcher Finanzausgleich auch gesondert behandelt.

Fehr dankt den Gemeinden

Schon seit einiger Zeit steigt der Druck auch in weiteren grösseren Gemeinden der Agglomeration von Zürich. Sechs von ihnen haben im Sommer als «Arbeitsgruppe Sozialkosten» mit einem Hilferuf eine eigene Studie veröffentlicht. Er ist nicht verhallt, denn am Dienstag hat das kantonale Gemeindeamt der Direktion der Justiz und des Innern das jährliche Gemeindeforum zu diesem Thema abgehalten.

Ziel des Sozialwesens sei es zu verhindern, dass Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrückt würden, sagte Regierungsrätin Jacqueline Fehr vor etwa 400 Vertretern aus den Zürcher Kommunen im Zürcher Kongresshaus.



J. Fehr (sp.)
Zürcher
Regierungsrätin

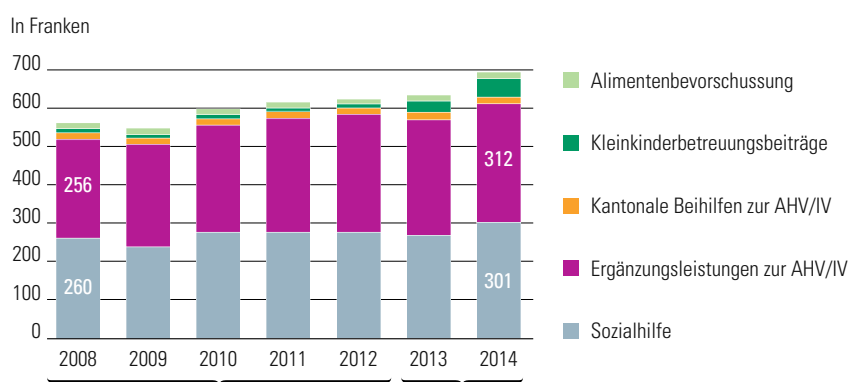


R. Schaeren (cvp.)
Finanzvorstand
der Stadt Dietikon

Für diese Integration leisteten die Gemeinden sehr viel, anerkannte sie. Fragen bezüglich einer entsprechenden Anpassung des innerkantonalen Finanzausgleichs hatte der Regierungsrat bis anhin mit Verweis auf den für das Jahr 2017 versprochenen Wirkungsbericht zum Thema abgeschmettert. Nun erklärte Fehr, nach der lauten Schuld-

zuweisung steige man mit dem Gemeindeforum 2015 in die Phase der Analyse ein. Dann könne man nach konkreten Lösungen suchen.

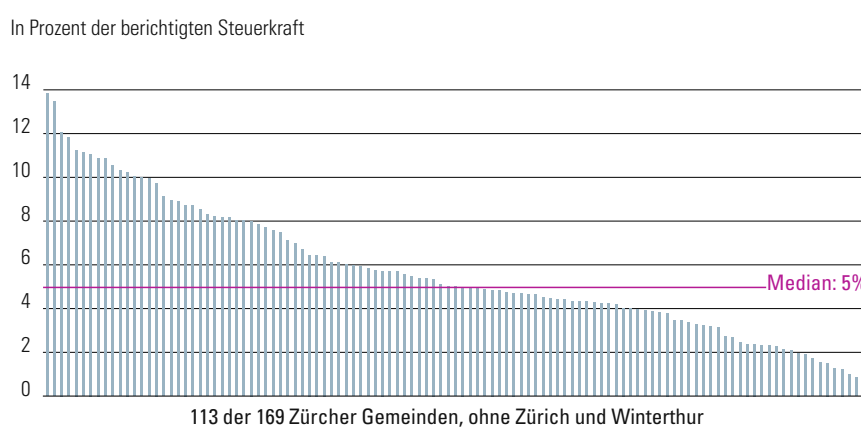
Pro-Kopf-Ausgaben der Zürcher Gemeinden für Sozialleistungen



Datenquelle: Finanzstatistik
QUELLE: STATISTISCHES AMT DES KANTONS ZÜRICH

NZZ-Infografik/tcf.

Belastung durch AHV/IV-Ergänzungsleistungen, 2014



QUELLE: ARBEITSGRUPPE SOZIALKOSTEN

NZZ-Infografik/tcf.

zuweisung steige man mit dem Gemeindeforum 2015 in die Phase der Analyse ein. Dann könne man nach konkreten Lösungen suchen.

Erst ist zu klären, was unter Sozialkosten genau zu verstehen ist. Stefan Langenauer, Chef des Statistischen Amtes, brachte Ordnung in die Zahlen. Betrachtet man soziale Sicherheit auf Bundesebene, samt Prämienverbilligung und Altersvorsorge, so haben die Leistungen seit 1990 gemessen am Bruttoinlandprodukt von 24 auf 31 Prozent zugenommen. Die engere Sozialhilfe fällt mit einem Anteil von 2,7 Prozent gering aus. Im Kanton Zürich liegt der Anteil der Bezüger seit 2010 bei 3,2 Prozent.

Die Leistungen sind aber etwa durch die längere Bezugsdauer seit 2008 um etwa 10 Prozent gestiegen. Auffällig ist, und das zeigen auch die Durchschnittszahlen für alle Gemeinden: Der Anstieg für Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV und IV (siehe obere Grafik) seit 2008 ist grösser (+22 Prozent) als jener für die Sozialhilfe (+16 Prozent). Die Kleinkinderbetreuungsbeiträge hat der Kantonsrat abgeschafft.

Eine Entwicklung gibt zu denken: Von allen Altersklassen steigt die Zahl

der 56- bis 64-Jährigen in der Sozialhilfe deutlich an. Das vorzeitige Herausfallen aus dem Arbeitsprozess erklärt zum Teil auch die steigenden Kosten für die EL. Wer später mit Unterbrüchen in der Erwerbsbiografie ins Rentenalter eintritt, weist Deckungslücken auf.

Ältere Arbeitslose gefährdet

Auf diesen Punkt wird auch im just am Dienstag veröffentlichten Sozialbericht 2014 für den Kanton Zürich hingewiesen. Während die EL-Bezügerquote bei den Hochbetagten deutlich abgenommen hat, mussten in den letzten drei Jahren mehr «junge Pensionierte» im Alter von 65 bis 69 Jahren Zusatzleistungen zu ihrer Altersrente beantragen. Langenauers Fazit: Gegen das Problem der unterbrochenen Arbeitsbiografien im fortgeschrittenen Alter seien Anstrengungen wie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nötig.

Was dies alles für Dietikon heisst, verdeutlichte dessen Finanzvorstand Rolf Schaeren. Seit 2008 nahmen die Einnahmen der Stadt zwar um 34 Prozent zu, die Ausgaben stiegen im gleichen Zeitraum aber um 42 Prozent. Ins-

Gewicht fiel dabei vor allem das überdurchschnittliche Wachstum der Posten Soziales und Schule.

Die Arbeitsgruppe Sozialkosten hat aufgrund der Daten von jenen 113 Gemeinden, die auf ihren Aufruf Daten geliefert haben, eine Rangliste erstellt. Demnach stieg seit 2012 in diesen Kommunen der Anteil an der Steuerkraft, der für Sozialkosten aufzuwenden ist, im Schnitt von 17,8 auf 21,2 Prozent im letzten Jahr. Dietikon wendet als «Spitzenreiter» fast 38 Prozent seiner Ausgaben dafür auf, in kleinen Landgemeinden sinkt der Anteil unter 5 Prozent. Auch der Anteil für EL zeigt enorme Differenzen unter den Gemeinden (untere Grafik). Schaeren betonte, dabei würden Städte wie Dietikon bedeutende Aufgaben im Interesse des ganzen Kantons erfüllen, etwa durch die Integrationsleistung ihrer Schulen. Es gehe nicht, dass die Stadt auch die zusätzlichen Kosten dafür tragen müsse.

Ausgleich ist machbar

Doch wie könnte eine Lösung aussehen? Aus Bern, das zeigte die Ausführungen von Colette Nova vom Bundesamt für Sozialversicherungen, ist nur bedingt Linderung zu erwarten. Schon vor zwei Jahren suchte das Gemeindeamt in einer Studie nach Möglichkeiten für einen Soziallastenausgleich. Heinz Montanari, Leiter der Abteilung Gemeindefinanzen, bezifferte den Betrag, der dafür in die Hand zu nehmen ist, auf etwa 60 Millionen Franken im Jahr.

Entscheidend ist, wie und wo man ansetzt. Montanari skizzierte vier mögliche Pfade: Man kann die Soziallasten in den Finanzausgleich einbauen. Das wäre relativ einfach zu bewerkstelligen, beträfe aber den erst von wenigen Jahren

Zürcher Versuchsballon

Kommentar Seite 11

nach langem Leiden revidierten Finanzausgleich. Möglich wäre ein horizontaler Ausgleich unter den Gemeinden, was einigen Widerstand hervorrufen dürfte. Drittens könnte der Kanton in die Bresche springen und die Differenzen abgleiten. Sodann lässt sich der Ausgleich in den Spezialgesetzen erreichen (Gesamtkostenmodell), etwa indem der Kanton den kleinen Anteil erhöht, den er heute in der Sozialhilfe übernimmt. Ein aktuelles Beispiel ist das derzeit beim Kantonsrat liegende Kinder- und Jugendheimgesetz. Die Frage sei, wer am Ende bezahle, erklärte Montanari. Machbar sei ein Soziallastenausgleich, «wenn Nichtstun keine Option ist».

Jacqueline Fehr warnt vor Zechprellerei

Die Direktorin des Innern erachtet im Sozialbereich Ausgleichszahlungen an stark betroffene Gemeinden für nötig

Städte wie Dietikon oder Schlieren haben deutlich höhere Sozialausgaben als viele ländliche Gemeinden. Die Integrationsleistung dieser Städte nicht zu honorieren, sei Zechprellerei, sagt Regierungsrätin Fehr.

asü. · Für Rolf Schaeren, Dietiker CVP-Finanzvorstand seit 2006 und Wirtschaftsprofessor an der Fachhochschule Nordwestschweiz, hätte es kaum besser laufen können. Am Gemeindeforum vom Dienstag nahm er seine Rolle als treibende Kraft jener Agglomerationsgemeinden wahr, die von stark steigenden Sozialkosten betroffen sind – und auf Ausgleich drängen. In der von Esther Girsberger geleiteten Podiumsdiskussion stimmte ihm Regierungsrätin Jacqueline Fehr (sp.) klar und pointiert

zu. Nicht nur Städte wie Zürich und Winterthur, sondern auch mittelgrosse Agglomerationszentren wie Dietikon oder Schlieren erbrächten hohe Integrationsleistungen. Ihnen sei zu verdanken, dass es im Kanton Zürich keine Orte gebe, an denen Parallelgesellschaften entstünden, sagte die Direktorin des Innern. Sie seien deshalb auch keine Bittsteller, die der Kanton ausfinanzieren müsse. Vielmehr seien diese Leistungen gewollt, nicht zuletzt durch die Raumplanung. Fehr schlussfolgerte: «Diese bestellten Aufgaben müssen auch finanziert werden, alles andere wäre politische Zechprellerei.»

Auf Girsbergers Nachfrage, wer denn genau den Ausgleich finanzieren solle, verwies Fehr wie bereits in der NZZ vom Dienstag auf das Modell, das die Regierung im Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) vorschlägt, das vom Kantonsrat noch beraten wird. Der Regierungsrat beantragt, dass sich der Kanton

neu mit 35 Prozent beteiligt, den Rest sollen die Gemeinden im Verhältnis zur Einwohnerzahl tragen. Im derzeitigen System finanzieren die Gemeinden die Leistungen einzelfallweise, sofern Eltern nicht zahlungsfähig sind.

Für Fehr bedeutet die Debatte im Kantonsrat eine Weichenstellung, wie sie sagte. Stimme das Parlament zu, werde der Regierungsrat dies «als Signal werten, diese Piste weiter zu verfolgen». Die Direktorin des Innern verhehlte nicht, dass Erhöhungen des Steuerfusses oder Leistungsabbau in anderen Bereichen die Folge sein könnten, wenn der Kanton auch in den Bereichen Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen stärker zur Kasse gebeten werde. Insgesamt müssten rund 60 Millionen Franken eingesetzt werden, damit eine ausgleichende Wirkung erzielt werden könne.

Jörg Kündig, Präsident des Gemeindepräsidentenverbands, Gossauer Gemeindepräsident und FDP-Kantonsrat,

hat zwei Hüte an – im Kongresshaus war jener des Gemeindepräsidenten sichtbar. Ihm sei bewusst, dass eine Verteilungsdiskussion bevorstehe, meinte er zwar diplomatisch – nicht ohne später anzumerken, dass es am einfachsten sei, die Stellschrauben beim Schlüssel der Kostenaufteilung anzupassen, sprich die Kantonsbeiträge zu erhöhen. Wie dies in seiner Fraktion ankommt, ist offen. Unabhängig davon ist für Kündig der Handlungsdruck gross: «Nichtstun ist keine Option.»

Das sieht auch der Winterthurer Sozialvorstand Nicolas Galladé so. Angesichts der langwierigen politischen Prozesse müsse die Lösungsfindung rasch angegangen werden. Just am Dienstag publizierte der gewiefte SP-Politiker die Mitteilung, dass der Winterthurer Stadtrat wegen steigender Sozialkosten für die Rechnung 2015 zusätzliche Ausgaben von neun Millionen Franken bewilligen musste.

Girod spaltet die Zürcher GLP

Verena Diener wirbt für eine rot-grüne Ständesvertretung

cn. · Offiziell konnten sich die Grünliberalen des Kantons Zürich nicht dazu durchringen, eine Empfehlung für den zweiten Wahlgang auszusprechen. FDP-Kandidat Ruedi Noser ist ihnen zu wenig grün, GP-Hoffnungsträger Bastien Girod zu wenig wirtschaftsfreundlich und SVP-Mann Hans-Ueli Vogt beides. Keiner der im Rennen verbliebenen Ständeratskandidaten komme «in die Nähe eines für die Grünliberalen unterstützungswürdigen Profils», teilte die Parteileitung Ende Oktober mit.

Am harschesten wurde die Nichtunterstützung Girods begründet: Er verfolge in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen eine Strategie, die derjenigen der GLP diametral gegenüberstehe. Sogar «das völlig surreale und nur bei der äussersten Linken ankommende Anliegen eines bedingungslosen Grundeinkommens» habe seine Unterstützung gefunden, hielt die GLP im Communiqué befremdet fest. Den Jungen Grünliberalen machten die mahnenden Worte allerdings wenig Eindruck: Sie stellten kurz danach klar, dass sie im zweiten Wahlgang Bastien Girod unterstützen. Der Präsident der Zürcher Kantonalpartei, Thomas Maier, und der im ersten Wahlgang abgeschlagene GLP-Chef Martin Bäuml engagierten sich dagegen im Komitee von Ruedi Noser.

Nun hat der Parteienwettbewerb eine bekannte Mitstreiterin erhalten. Die scheidende GLP-Ständerätin Verena Diener unterstützt ebenfalls Girod, weil er mit seiner «klaren ökologischen Stimme im Ständerat dringend gebraucht» werde. Dass die Noch-Standesvertreterin des grössten Wirtschaftskantons die ökonomischen Aspekte einer Wahl schlicht ausblendet, könnte einem zu denken geben, doch GLP-Präsident Thomas Maier reagiert gelassen. Stimmfreiheit, liess er durchblicken, gelte in der GLP auch für Ständerätinnen. Unaufgeregt reagiert auch Verena Diener selbst. Um die Wirtschaftskompetenz im Stöckli mache sie sich keine Sorgen, sagte sie, aber die ökologische drohe unter die Räder zu kommen.

Polizei droht mit Internet-Pranger

Scharmützel am 1. Mai

lsc. · Obwohl der 1. Mai auch dieses Jahr relativ friedlich verlaufen ist, gibt es ein juristisches Nachspiel. Nach dem offiziellen Umzug versuchten Linksextreme, vom Kanzleiareal aus eine Nachdemo anzureissen. Dabei wurden Polizisten verbal provoziert, aber auch gezielt mit Flaschen und Steinen beworfen. Verletzt wurde niemand. Wie die Stadtpolizei mitteilt, konnten bisher zehn Verdächtige identifiziert werden. Da dies bei fünf weiteren Personen trotz intensiven Ermittlungen nicht gelungen ist, droht die Polizei nun mit der Veröffentlichung von Fotos, falls sich die Verdächtigen nicht freiwillig melden.

Am 24. November sollen zunächst verpixelte Bilder aufgeschaltet werden. Falls das keine Wirkung zeigt, will man eine Woche später die Originalaufnahmen publizieren. Dass die Polizei zum Mittel des «Internet-Prangers» greift, kommt selten vor, aber nicht zum ersten Mal. So konnte 2011 ein Steinwerfer identifiziert werden, der bei den 1.-Mai-Krawallen einen Zivilfahnder schwer am Kopf verletzt hatte. Weitere Beispiele sind die Randalen anlässlich des Spiels FCZ - Basel oder die Ausschreitungen an der «Reclaim the Streets»-Party am Bellevue. «Wir machen das nur im äussersten Notfall», sagt Polizeisprecher Marco Cortesi, «wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind.» Eine weitere Bedingung ist, dass die Massnahme von der Staatsanwaltschaft genehmigt wird. Laut Cortesi liegt die Aufklärungsquote bei 75 Prozent. Den Verdächtigen droht ein Verfahren wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte.